

## Sitzungsvorlage

Gremium	Sitzung vom	Behandlung
Ausschuss für Umwelt und Technik	23.06.2015	Kenntnisnahme

---

TOP 3	<b>Straßensanierungsprogramm des Landes - Information</b>	Sachvortrag: Gehring, Simon
-------	---	--------------------------------

---

### I. Gegenstand der Vorlage

Ist ein kurzer Sachstandsbericht über die Straßenbaukonferenz des Landes, die geplanten Ausgaben für Erhaltung von Bundes- und Landesstraßen sowie die derzeitige Verteilung dieser Mittel.

### II. Sachverhalt

Am 20. März diesen Jahres fand eine Straßenbaukonferenz des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI) in Stuttgart statt. Hierbei haben Herr Minister Herrmann und Frau Staatssekretärin Splett die Vorgehensweise des Landes bei der Sanierung der Landesstraßen und –brückenbauwerke vorgestellt.

Hierbei wurde unter anderem ausgesagt, dass in Baden-Württemberg ca.

20 % oder rd. 210 km Bundesautobahnen

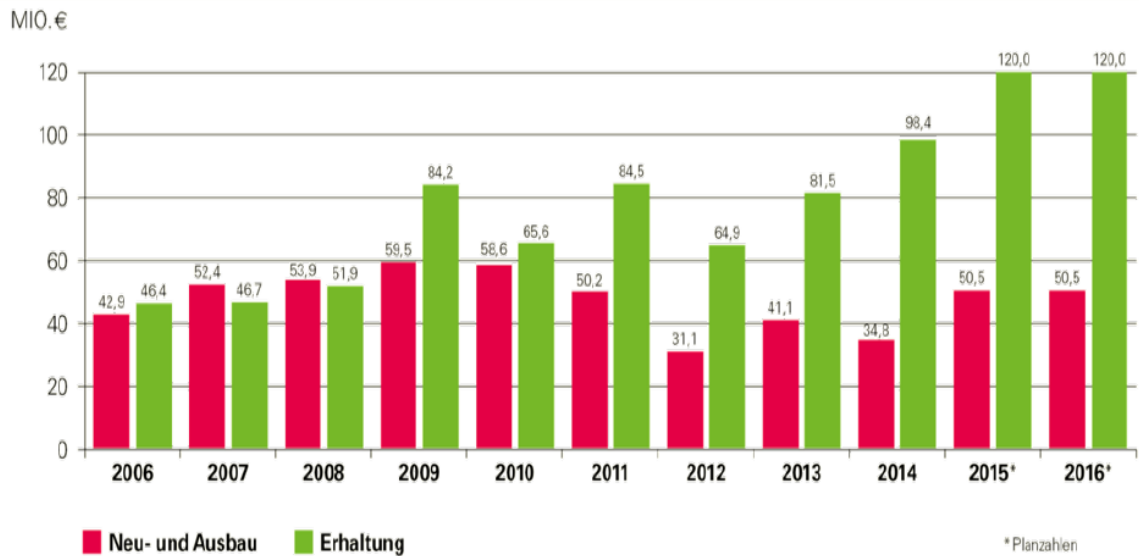
38 % oder rd. 1.600 km Bundesstraßen und

49 % oder rd. 4.600 km Landesstraßen

in einem schlechten bzw. sehr schlechten Zustand gemäß der Zustandswerte der Zustandserfassung (ZEB) 2013 sind.

Weiter wurde dargestellt, dass die Ausgaben gemäß dem Motto der Landesregierung „Erhalt vor Aus- und Neubau“ für die Erhaltung der Landesstraßen innerhalb der letzten 5 Jahre nahezu verdoppelt wurden. Von 65,6 Mio. € 2010 auf 81.5 Mio. € 2013, 98,4 Mio. € 2014 auf einen Mittelansatz von je 120 Mio. € für die Jahre 2015 und 2016.

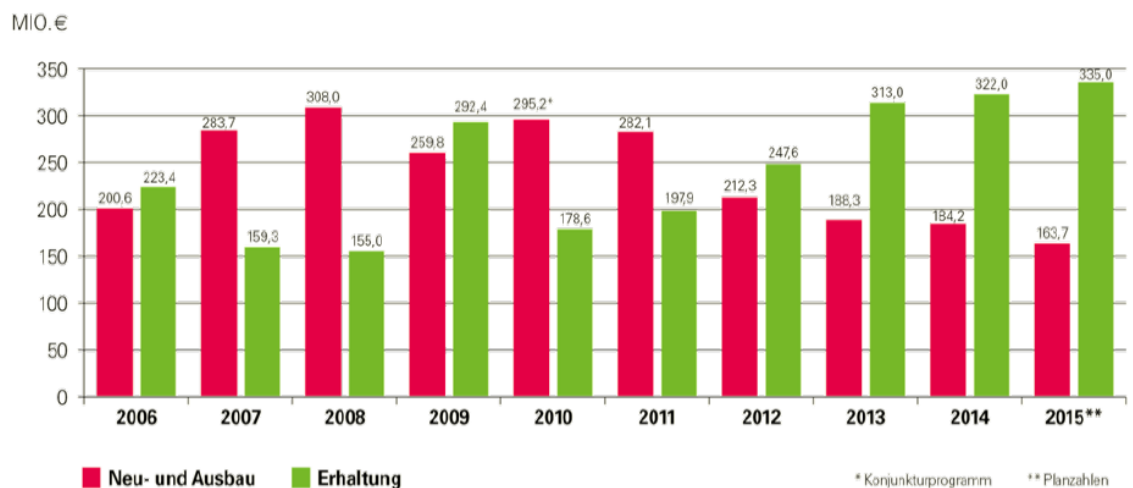
Investitionen in Neu- und Ausbau sowie Erhaltung von **Landesstraßen**  
in Baden-Württemberg (in Mio. €)



**Bild 1: Investitionen Landesstraßen**

Auch bei den Bundesfernstraßen sind die Mittel für die Erhaltung seit 2013 auf einem hohen Niveau über 310 Mio. €.

Investitionen in Neu- und Ausbau sowie Erhaltung von **Bundesfernstraßen** in Baden-Württemberg (in Mio. €)



**Bild 2: Investitionen Bundesfernstraßen**

Die Priorisierung der Maßnahmen erfolgt zunächst durch die Kriterien Straßenzustand und Verkehrsleistung sowie die Verkehrsfläche. Der zielgerichtete Einsatz der Haushaltsmittel soll durch die nachfolgende Gewichtung dieser Kriterien gewährleistet werden. Dies sind:

50 % Zustandswert aus Zustandserfassung

25 % Verkehrsleistung

25 % Verkehrsfläche (Auf Nachfrage wurde erläutert, dies sei die Summe der schlechten Verkehrsflächen je RP)

In der Gesamtschau der Maßnahmen erhält das RP Tübingen und insbesondere der LK Ravensburg aufgrund des Verteilungsschlüssels nur relativ wenige Maßnahmen.

Es wurde bereits in einem Gespräch mit Staatssekretärin Splett nach der Veranstaltung angeregt, das MVI möge prüfen, ob sich die oben aufgeführten Kriterien mit diesen Gewichtungen bewährt haben, da die Befürchtung der Benachteiligung des ländlichen Raumes bestehe.

Beispielsweise könnte eine wie nachfolgend aufgeführte Priorisierung eine „gerechtere“ Verteilung ermöglichen. Es ist zudem zu befürchten, dass die Straßenbauverwaltung in den Ballungsräumen aufgrund der großen Anzahl von Maßnahmen diese gar nicht umgesetzt bekommt, während im ländlichen Raum die Straßen weiter verfallen.

60 % Zustandswert aus Zustandserfassung

20 % Verkehrsbelastung

20 % Verkehrsfläche

Es wird vorgeschlagen, das MVI in einem Landratsschreiben zu bitten, diesen Vorschlag wohlwollend zu prüfen und eine Feinjustierung der Werte in Erwägung zu ziehen.

### **III. Finanzierung und finanzielle Auswirkungen**

Es gibt keine direkten Auswirkungen auf den Kreishaushalt

### **IV. Wertung**

Die Erhöhung der Landesmittel ist grundsätzlich sehr positiv zu bewerten. Der Verteilerschlüssel kann aus Sicht der Verwaltung zu einer Benachteiligung des Ländlichen Raums führen. Ein Landratsschreiben an das MVI bittet um entsprechende Anpassung der Mittelverteilung.

**V. Beschlussvorschlag**

Der Ausschuss für Umwelt und Technik nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Anlagen